

Bund Deutscher Rechtspfleger, Leipziger Str. 25a, 06712 Zeitz

Bundesministerium der Justiz und für
Verbraucherschutz

- nur per E-Mail -

30. Dezember 2016

**Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz
eines Gesetzes zur Änderung der materiellen Zulässigkeitsvoraussetzungen von
ärztlichen Zwangsmaßnahmen und zur Stärkung des Selbstbestimmungsrechts von
Betreuten**

Ihr Schreiben vom 14. Dezember 2016 – Az. I A 6 - 3475/10-1-12 937/2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bund Deutscher Rechtspfleger bedankt sich für die Möglichkeit, zu dem
Referentenentwurf Stellung nehmen zu können.

Mit dem Gesetzentwurf soll die betreuungsrechtliche Einwilligung in ärztliche
Zwangsmaßnahmen von der freiheitsentziehenden Unterbringung nach § 1906 Abs. 3, 3a
BGB losgelöst und somit die durch Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom
26.07.2016 (1 BvL 8/15) festgestellte Schutzlücke geschlossen werden.

Dem Gesetzentwurf ist inhaltlich vollumfänglich zuzustimmen.

Lediglich in § 1906a Abs. 1 Nr. 3 BGB-E sollte die Formulierung lauten:

**„3. wenn die ärztliche Zwangsmaßnahme dem Willen des Betreuten nach den §§
1901a und 1901b BGB entspricht,“**

Diese positive Formulierung im Sinne des Betreuten und ein ausdrücklicher Bezug zu §
1901b BGB würde dessen Selbstbestimmungsrecht deutlich mehr stärken und zum
Ausdruck bringen.

Mit freundlichen Grüßen

Mario Blödtner
Bundesvorsitzender

Achim Müller
Stellvertretender Bundesvorsitzender

Kontakt

Antje Keilhau
Bundesgeschäftsführerin
E-Mail: akeilhau@bdr-online.de
Tel.: +49 (0) 173 3756614
Fax.: +49 (0) 3441 216087

Postanschrift

Bund Deutscher Rechtspfleger
Leipziger Str. 25a
06712 Zeitz
E-Mail: post@bdr-online.de